

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rothe-Beinlich und Henfling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

Beamtinnen und Beamte der Thüringer Landespolizei bei Einsätzen der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex

Die **Kleine Anfrage 4083** vom 15. August 2019 hat folgenden Wortlaut:

Durch eine Recherche unter anderem durch das Recherchezentrum Correctiv veröffentlicht, wurden Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen bei Einsätzen der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex bekannt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wurden in den vergangenen fünf Jahren Beamtinnen und Beamte der Thüringer Landespolizei zu Einsätzen der Grenzschutzagentur Frontex entsandt?
2. Falls ja, wie viele Beamtinnen und Beamte wurden in welche Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entsandt (bitte nach Jahr und Mitgliedsstaat aufschlüsseln)?
3. Sind der Landesregierung Vorwürfe bekannt, wonach Menschenrechtsverletzungen bei Einsätzen von Frontex mindestens geduldet wurden?
4. Gibt es Hinweise aus den Reihen der entsandten Thüringer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf die vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen?
5. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung in Bezug auf die Entsendung Thüringer Polizeibeamter und Polizeibeamtinnen zu Grenzschutzeinsätzen von Frontex, falls sich die Vorwürfe erhärten?
6. Was unternimmt die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, damit zukünftige Menschenrechtsverletzungen durch die Europäische Grenzschutzagentur Frontex verhindert werden können?

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Oktober 2019 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Der Freistaat Thüringen beteiligt sich zusammen mit andere Bundesländern und dem Bund seit November 2015 durch Entsendung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) im Rahmen der Einsät-

ze der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) an den EU-Außengrenzen. Zudem wurde im März 2017 eine Beteiligung am Frontex-Soforteinsatzpool gegenüber dem Bund zugesagt.

Zu 2.:

Die Zahl der Entsendungen von PVB der Thüringer Polizei in Frontex-Einsatzgebiete von 2015 bis zum 31. August 2019 schlüsselt sich wie folgt auf:

Kalender- jahr	Zahl der Entsendungen* nach				entsandte PVB**
	Griechenland	Italien	Bulgarien	Spanien	
2015	1	0	-	-	1
2016	9	2	0	-	8
2017	7	3	0	-	10
2018	4	5	1	2	11
2019***	2	1	4	0	7

Hinweise:

* Thüringen zählt Entsendungen in polizeiliche Auslandseinsätze lediglich für das Kalenderjahr, in dem sie beginnen. Demgegenüber zählt Frontex beziehungsweise der Bund Entsendungen, die bis zum 31. Januar eines Jahres beginnen, für dieses und das vorhergehende Jahr. Gleiches gilt für Entsendungen, die bis dahin andauern. Dadurch kann es zu Abweichungen in der statistischen Erfassung kommen.

** Sofern ein(e) PVB mehrmals in einem Jahr in einen Frontex-Einsatz entsandt wurde, wird diese(r) PVB hier nur einmal erfasst.

*** bis zum 31. August 2019

Zu 3.:

Der Landesregierung liegen derzeit keine Erkenntnisse über Menschenrechtsverletzungen bei Frontex-Einsätzen vor.

Zu 4.:

Nein

Zu 5. und 6.:

Auf die Antworten zu den Fragen 3 und 4 wird verwiesen.

Maier
Minister